

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Volksblatt. 1930-1933
45 (1931)**

227 (29.9.1931)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-480919](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-480919)

Volksblatt

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptgeschäftsstelle, Wilhelmshaven-Küstringen, Peterstraße 7, Telefon Nr. 58 und 109; Geschäftsstelle Oldenburg: Achternstraße 4, Telefon Nr. 2508; Geschäftsstelle Nordenham: Bahnhofstraße 5, Telefon 2258; Geschäftsstelle Strale: Bahnhofstraße 2, Telefon 341

Der Bezugspreis beträgt 2,25 RM wöchentlich, Beleggeld, Ausgabe A 2,25 RM monatlich, Anzeigen: Die Einpaltige mms-Zeile 12 Rpf., Ausgabe A 10 Rpf., für auswärts 25 Rpf., Ausgabe A 20 Rpf., Retikeln Einpaltige mms-Zeile total 40 Rpf., auswärts 65 Rpf.

Druck und Verlag, Paul Hug & Co., Wilhelmshaven-Küstringen, Postfach-Ronto, Paul Hug & Co., Wilhelmshaven-Küstringen, Hannover 18760. Das Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Anzeigen-Aufnahme bis 4 Uhr vormittags

Nummer 227

Dienstag, den 29. September 1931

45. Jahrgang

Abreise der französischen Minister.

Verriedigung in Berlin und Paris.

(Berlin, 29. September. Radio.) Heute vormittag haben der französische Ministerpräsident und Außenminister Briand mit dem sachplanmäßigen Bezug die Abreise nach Paris angetreten. Zum Abschied hatten sich auf dem Bahnhof der Reichsbahn, der Außenminister, der französische Botschafter in Berlin sowie zahlreiche höhere Beamte des Auswärtigen Amtes eingefunden. Der Abschied vollzog sich in herzlichster Form.

Reichspräsident von Hindenburg nahm am Montag in seinem Arbeitszimmer den Besuch des französischen Ministerpräsidenten Briand und des französischen Außenministers Briand, die vom Botschafter Frankreichs in Berlin, Francois-Poncet, begleitet waren, entgegen.

(Pariser Meldung.) Die Pariser Presse sieht unter dem Eindruck, daß durch die Berliner Verhandlungstage eine für die Weltfriedensfrage günstige Lage geschaffen worden ist. Der Besuch der beiden Minister bei dem Reichspräsidenten von Hindenburg wird überall besonders hervorgehoben und die

Bildung eines deutsch-französischen Komitees als ein Fortschritt betrachtet.



Graf Strazynski, der ehemalige polnische Ministerpräsident, ist, wie gemeldet, bei einem Autounfall tödlich verunglückt. Seine Begleiter kamen mit geringen Verletzungen davon.

die entsprechende Miethöhe 1000 bis 1800 RM betragen, in den Orten der Ortsklasse A bis D 700 bis 1400 RM, 500 bis 1000 RM, 300 bis 600 RM, 240 bis 400 RM. Ferner soll in Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern eine Beschlagnahme nicht mehr erfolgen. Ferner wird durch die Verordnung der Mieterhöhung für Wohnungen aufgehoben, deren Jahresmiete in Berlin 2400 RM. und mehr beträgt, für die übrigen Orte der Sonderklasse

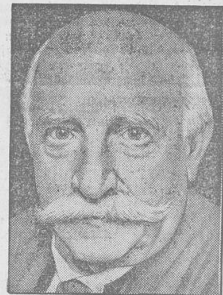
1900 RM. und mehr, für die Orte der Ortsklasse A bis D 1400 RM., 1000 RM., 600 RM. und 400 RM. und mehr. Bei Untervermietungen usw. wird die bisherige Bestimmung beibehalten, daß die Erlaubnis des Vermieters, den Gebrauch des Wohnraums einem Dritten zu überlassen, durch die Erlaubnis des Mietvertragsamts ersetzt werden kann, wie es bisher der Fall war. Ferner wird bestimmt, daß auf Gebäudeteile die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes und des Mietmängelgesetzes keine Anwendung mehr finden.

Ob die Verordnung in der vorgeschlagenen Fassung in Kraft tritt, hängt von der Fassung der Bestimmungen über Wohnungsmangel und Mieterhöhung ab, die durch die Reichsnotverordnung festgelegt werden.

50000 Mark unterschlagen.

Durch eine Angestellte eines Berliner Krankenhauses.

In Berlin wurde am Montag nachmittag der Sekretärin eines größeren Krankenhauses festgenommen, die beschuldigt wird, im Laufe der letzten Jahre über 50 000 RM unterschlagen zu haben. Die ungetreue Angestellte hat ein Geständnis abgelegt. Da sie das Vertrauen des Krankenhausleiters besaß, war sie mit der Erledigung aller Kassengeschäfte beauftragt. Sie mißbrauchte den Posten, um Kassenbuchhaltungen einzelner Patienten ihrer eigenen Tasche zuzuführen zu lassen.



Dr. Friedrich Archenholz, der langjährige Leiter der Sternwarte Berlin-Teptow, feiert am 2. Oktober seinen 70. Geburtstag.

Einbruch in ein ungarisches Ministerium.

In das ungarische Handelsministerium in Budapest wurde heute nacht ein Einbruch verübt. In den Kassenträumen erbeuteten die Täter bis auf einen Goldbestand alle Schätze und Schulbücher. Ihre Beute ist nun gering.

Mehr Mischoloverbrechen.

Eine in London veröffentlichte Statistik läßt ein Anwachsen der Trunksucht erkennen. Im Jahre 1929 wurden in England 51 000 Personen wegen Trunksucht verurteilt, im Jahre 1930 53 080.

Bahnattentat in China.

Schnellzug zur Entgleisung gebracht. - 30 Fahrgäste tot.

Der Schnellzug Nanking-Peking wurde von chinesischen Banditen, die die Schienen der Bahnstrecke angegriffen hatten, zum Entgleisen gebracht. Mehrere Wagen fielen um; 30 Personen wurden getötet, zahlreiche schwer verletzt. Die Werkschiffe plünderten den Zug vollständig aus und ergrieffen dann die Flucht.



Richard von Miliendorff, der Präsident des preussischen Materialprüfungsamts und Urheber der Idee von der nationalen Flammprüfung, feiert am 3. Oktober seinen 50. Geburtstag. Geboren in Dörling als Sohn des deutschen Generalmajors, hat er an verschiedenen Universitäten des In- und Auslandes studiert und arbeitete im Kriege in der Kriegszustoffverwaltung. 1918 wurde er als Unterstaatssekretär in das Reichswirtschaftsministerium und 1923 als Präsident in das preussische Materialprüfungsamt berufen. Seine Idee einer nationalen Flammprüfung hat in den letzten Monaten auch in offiziellen Kreisen viel Beachtung gefunden.

Zur preussischen Wohnungswirtschaft.

Dem preussischen Staatsrat ist eine 7. Verordnung über die Förderung der Wohnungswirtschaft zugegangen. Es sollen die bisherigen Grenzen hinsichtlich des Wohnungsmangels herabgesetzt werden.

7 Wohnungen mit einer Jahresmiete von 1800 RM. und mehr in Berlin und den übrigen Orten der Sonderklasse sollen die Vorbedingung des Wohnungsmangelgesetzes grundsätzlich keine Anwendung mehr finden. In den Orten der Ortsklasse A-D wird der

Mietfuß für die Befreiung herabgesetzt auf 1400 RM., 1000 RM., 600 RM. und 400 RM. Es wird in Zukunft zulässig sein, daß über Wohnungen in der genannten Miethöhe hin ohne Erbschaftsteuer verfügt wird. Ferner wird bestimmt, daß bei Wohnungen, deren Jahresmiete 1200 bis 1800 RM. in Berlin beträgt, eine Beschlagnahme nicht mehr stattfindet, in den übrigen Orten der Sonderklasse soll

Amerikas Flottenpläne.

Einjähriges Stoppen des ganzen Programms?

(Washington, 29. September. Radio.) In Regierungskreisen plant man die Streichung des für das nächste Jahr vor-

gesehenen Flottenbauprogramms, dessen Ausführung insgesamt 160 Millionen Dollar kosten würde. Man beschließt die

Streichung unter dem Gesichtspunkt, daß sie auf die bevorstehende Genfer Abrüstungskonferenz eine günstige Wirkung haben werde.

Nach dem Ministerbesuch.

Zur weiteren Förderung und Vertiefung der Beziehungen soll eine deutsch-französische Kommission gebildet werden.

Unterschiedlich wird mitgeteilt: Der französische Ministerpräsident und der französische Außenminister sind nach Berlin gekommen, um den Besuch zu erwidern, den ihnen seinerzeit der Reichsminister und der Reichsminister des Auswärtigen in Paris abgeleitet haben. Zugleich war es ihre Absicht, ihre früheren Besprechungen zu einem Ergebnis zu führen.

Die Vertreter der beiden Regierungen haben wieder ihrer Uebereinkunft Ausdruck gegeben, daß ihr Ziel die Pflege vertrauensvoller Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist. Sie sind der Ansicht, daß die Wirtschaftskrisis, unter der gegenwärtig die ganze Welt leidet, es ihnen zur gebieterischen Pflicht macht, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet ihre Bemühungen zu vereinigen, um Lösungen zur Milderung der Not zu finden.

Den deutschen und französischen Ministern scheint es geboten, ein besonderes Organ zu schaffen, dessen Arbeitsweise greifbare Ergebnisse zu gewährleisten vermag. Sie sind dementsprechend übereingekommen, eine gemischte deutsch-französische Kommission zu bilden, die aus Vertretern der beteiligten Zentralstellen

unter Beteiligung von berufenen Vertretern der verschiedenen Zweige der Wirtschaft, wie auch der Arbeitnehmer, bestehen soll. Die Leitung der Kommission wird Mitgliedern beider Regierungen obliegen. Außerdem wird ein gemeinsames ständiges Generalsekretariat eingerichtet. Die Kommission wird ihre Sitzungen je nach Bedarf in dem einen oder anderen Lande abhalten und ihre Arbeiten alsbald aufnehmen.

Die Kommission hat die Aufgabe, alle die beiden Völker berührenden Wirtschaftsaufgaben zu prüfen, ohne dabei die Interessen anderer Länder und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit aus dem Auge zu verlieren. Sie wird vor allem die Möglichkeit prüfen, die bereits bestehenden Wirtschaftsvereinbarungen zu vertiefen und auszubauen und neue Vereinbarungen abzuschließen, und zwar gegebenenfalls in neuen Organisationsformen. Sie wird den gegenwärtigen Stand des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern untersuchen, um die seit dem Inkrafttreten des Handelsvertrages von 1927 gesammelten Erfahrungen nutzbar zu machen. Sie wird weiter gemeinsam nach neuen Abmachungsgelegenheiten suchen. Nach übereinstim-

mender Ansicht ist diese Aufzählung nicht erschöpfend.

Die Vertreter der beiden Länder legen Wert darauf, klar zum Ausdruck zu bringen, daß sich ihre Borgehen nicht gegen die Wirtschaft irgend eines anderen Landes richtet. Sie erklären, daß sie es ablehnen, die Lösung der der Kommission jugewiesenen Fragen unter in gemeinamen Borgehen auf dem Gebiete von Zollheraushebungen zu suchen. Sie werden sich in Einflanz mit den allgemeinen Bestrebungen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrisis halten und werden die Mitarbeit anderer Völker in jedem Falle nachsuchen, wo die Schlichtung dies erfordert. Es könnte unter anderem die Durchführbarkeit internationaler Abmachungen über Schifffahrt und Luftverkehr geprüft werden.

Die Vertreter der deutschen und französischen Regierung sind überzeugt, daß sie hiermit den Grundstein zu einem Wert des Aufbaues legen. Dies Werk soll der erste Schritt zu einer Gemeinheitsarbeit sein, die ein Gebot der Stunde ist und an der mitzuwirken alle berufen sind.

Das Ergebnis.

Der „Sozialdienst“ schreibt zu den stattgefundenen Ministerbesprechungen: Die Berliner Besprechungen zwischen den deutschen und den französischen Ministern scheinen doch zu einem greifbareren Ergebnis geführt zu haben, als man es von einer derartigen zweitägigen Aussprache erwarten konnte. Das von beiden Seiten herausgegebene amtliche Kommuniké, mit dem diese Besprechungen nach außen hin abgeschlossen worden sind, geht wesentlich über die üblichen nichtbindenden Verständlichkeitsformeln und allgemeinen Bemerkungen hinaus, die solche Verlautbarungen auszufüllen pflegen. Vor allem geht aus dem Kommuniké hervor, daß der Plan einer ständigen deutsch-französischen Wirtschaftskommission nunmehr konkrete Gestalt angenommen hat. Es wird sogar ein ständiges Sekretariat für dieses neue amtliche Organ eingerichtet werden, so daß offenbar auf beiden Seiten der ernstliche Wille besteht, die Wirtschaftspolitik durch eine ständige und dauernde Zusammenarbeit zu befähigen.

Was für konkrete Pläne im einzelnen erörtert worden sind, wird zwar noch nicht offiziell bekanntgegeben, immerhin enthält das Kommuniké einige wertvolle Andeutungen. Es scheint, daß vor allem die Ausgestaltung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen durch beiderseitige finanzielle und industrielle Vereinbarungen in Aussicht genommen ist, also Finanzierungen der deutschen Industrie durch französische Kapital und deutscher Industriehilfen für Frankreich und seine Kolonien. Darüber hinaus Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Kartellverträge.

Gegen diese Pläne, deren Wert an sich unbestreitbar ist, wurde hier von vornherein der Einwand erhoben, daß sie dazu mitführen würden könnten, eine überstaatliche Vorherrschaft der großkapitalistischen Kräfte zu errichten. Unabhängig von diesen Warnungen hätte zur selben Zeit der deutsch-französischen Sozialisten Leon Blum im „Populaire“ die gleichen Einwendungen erhoben und Sicherungen dagegen verlangt. Es ist deshalb entschieden zu begrüßen und als ein wichtiger sozialistischer Erfolg zu verzeichnen, daß gegen diese Gefahr Vorkehrungen getroffen worden sind. Der Arbeiterausschuss beider Länder wird ein Mitbestimmungsrecht in der deutsch-französischen Kommission und in ihren Unterausschüssen eingeräumt. Das offizielle Kommuniké hebt dies ausdrücklich fest. Da außerdem die Leitung des Komitees in den Händen der Regierung liegen wird, dürfte damit die Gefahr eines großkapitalistischen Mißbrauches auf Kosten der Staatsautorität und zum Nachteil der Arbeiterklasse beseitigt werden, vorausgesetzt natürlich, daß die richtigen Männer mit den erforderlichen Kenntnissen und der notwendigen Energie und Autorität in diese Körperschaft entsandt werden.

Das offizielle Kommuniké stellt wiederholt fest, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit nicht zum Schaden Dritter, sondern zum Nutzen aller auswirken soll. Auch wird unterstrichen, daß man sich keineswegs die Ueberwindung der Wirtschaftskrisis und die deutsch-französische Zusammenarbeit durch weitere Zoll-erhöhungen gedacht hat. Dagegen ist man unglücklich befaßt, die mißtrauisch gemordenen Engländer zu beruhigen und ihnen keinen Vorwand zu geben, jene Schutzzölle einzuführen, die die Konventionen verlangen und deren Erhaltung die Wirtschaftspolitik auf dem Kontinent nur noch verschlimmern würde.

Kritisch ist auch in diesen zweitägigen Besprechungen über die politische Lage gesprochen worden, insbesondere wie man sich die künftige Gestaltung der Reparationsfrage nach Ablauf des Hoover-Jahres vorstellt. Darüber steht zwar in der amtlichen Verlautbarung nichts, aber sonst wird wohl, spricht man von einer Wiederübernahme des Cash-for-gold, an dem auch Deutschland bis zu einem gewissen Grade zweifellos interessiert ist.

Inwiefern ist dieser Berliner Besuch der französischen Minister fruchtbar verlaufen. Darüber hinaus hat die Begegnung die Gelegenheit geboten, den französischen Gästen und damit dem ganzen französischen Volk zu beweisen, daß auch das deutsche Volk in seiner besten Weise, trotz Hitler und Hugenberg, den Frieden und die Verständigung mit Frankreich wünscht und daß französische Minister nicht mit Gleichheit und Wohlwollen in der Reichshauptstadt empfangen werden. Darin liegt vielleicht das wertvollste politische Ergebnis dieser beiden historischen Tage!

Odenburger Regierung und Nazis.

Die Landtagsfraktion der Nationalsozialisten veröffentlichte eine Erklärung, in der die neue Verordnung der Odenburger Regierung scharf abgelehnt wird. Die Nationalsozialisten erwarten diesmal eine klare und eindeutige Antwort“ des Ministeriums bis zum 5. Oktober. Wenn diese nicht befriedigend ausfällt, würden sie am 5. Oktober die Einberufung des Landtages beantragen.

Verleumdung des Nazi.

Der Schriftleiter Werner der nationalsozialistischen „Schlesischen Tageszeitung“ in Breslau wurde am Sonntag von dem Schriftleiter des früheren Reichsministers Walter Rathenau zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Werner hatte am 14. Februar in einem feuilletonistischen Artikel über Rathenau folgende Gemeinheiten zu Papier gesetzt: „Seine verdrehten und verdäuernden Lügen werden ihm die nachlässigste Aufmerksamkeit des gequälten Volkes sichern“.

Die Kasse des Abgeordneten.

Ein Demobater Eisenbahnarbeiter erhob den Stationsvorsteher in Demberg-Allnau-Krauß, den er für seine Entlassung verantwortlich machte. Der Täter ist flüchtig.

Das Rennen der 232 Motorräder auf der Berliner Havel.



Der deutsche Fahrer Toni Bauhofer (links) auf DKW, der Engländer Davenport (Mitte) auf Norton, der Deutsche Soentus auf Imperia fahren beim Internationalen Motorradrennen auf der Berliner Havel, das die besten Fahrer des In- und Auslandes zu seinen Teilnehmern zählte.

Melika wird aufgewertet. Was das Land Mecklenburg an seine einstigen Prinzessinnen zahlen muß.

(Rostock, 29. September. Radio.) Das hiesige Oberlandesgericht fällt heute vormittag das Urteil in dem Aufhebungstreit der früheren Prinzessinnen. Danach hat der Freistaat Mecklenburg-Strelitz zu zahlen an die Prinzessin Marie zur Höhe von 300 Mark, an die Prinzessin Margareta von Montenegro 500 000 Mark, während bezüglich der Großherzogin Elisabeth von Mecklenburg-Strelitz der Schiedspruch in Höhe von einer Million Mark zuzüglich acht Prozent Zinsen seit dem 15. Juli 1925 für vollstreckbar erklärt wurde.

Eine rätselhafte Angelegenheit.

Der „Rätselhafte Beobachter“ berichtet vor einigen Tagen, der Direktor des Bergamtes, in dem das Bergamt der Mönchener Sibiriat Uman, habe einen Todesfall erlitten. Die „Fränkische Tagespost“ kann nun mitteilen, daß infolge von Spannungen zwischen Hitler und Uman letzterer in Ostbeuten von Parteigenossen angeschossen wurde und ihm ein Bein abgenommen werden mußte. Die Täter sind entkommen.

„Jupp“-Fahrten.

Das Postamt „Graf Joppelin“ hat bis auf den heutigen Tag 323 Fahrten ausgeführt und dabei in 8309 Stunden insgesamt 325 912 Flugkilometer zurückgelegt.

Preußen-Landtag.

Die Tagesordnung der Sitzung des preussischen Landtages am 13. Oktober enthält hauptsächlich eine Reihe kleinerer Anträge über Schulfragen. Am Mittwoch, dem 14. Oktober, soll eine große politische Debatte beginnen. Die Debatte wegen kommunistischer und deutscher nationaler Mißtrauensanträge und Anfragen zugrunde.

Bestätigtes Todesurteil.

Das Reichsgericht bestätigte das von einem hiesigen Landgericht erlassene Todesurteil gegen den Widerstreiter Detmar aus Bovenand, Detmar hat das nur wenige Tage alte von ihm kommende Kind eines bei ihm angestellten 20jährigen Hausmädchens durch Mord an dem Leben gebracht. Das Kind, das unter furchtbaren Krämpfen verstarb, war befallt worden; die spätere Ermordung der Leiche war auf Grund einer anonymen Anzeige erfolgt.

Reichspräsident von Hindenburg empfangt heute vormittag den Reichstagspräsidenten Dr. Brüning zum Bericht über den Stand der Arbeiten der Reichsregierung.

Vor dem Amtssitz in Halle erzielte der durch seine Schimpereien auf Republikanismus besessene zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberleutnant a. D. Duckertberg, am Montag gleich zwei Erfolge über die von ihm so gehäßten Margiten. Der Regierungspräsident von Mecklenburg, von Harnack, wurde im Privatklagenverfahren zu 100 Mark, der Redakteur der Chemischer „Volksstimme“ Krenzel zu 150 Mark, Geldstrafe verurteilt. Beide wegen Beleidigung.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die in Köln erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Welt und Vaterland“ einschließlich ihrer Kopfschriften auf Grund der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausrichtungen auf die Dauer von zwei Wochen verboten.

Politische Notizen. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat hat zur Frage der Winterhilfe den Beschluß gefaßt, in dem kommenden Winter aus seinen Kohlenbeständen verbilligte Kohle für bedürftige Erwerbslose abzugeben. Die Reichsbahnverwaltung hat den drei vertraglich bestehenden Organisationen den Lohnstarif der Reichsbahnarbeiter zum 31. Oktober gekündigt, um die in der Notverordnung dargelegene Lohnsenkung auch bei der Reichsbahn durchzuführen. Der braunschweigische Reichstagsabgeordnete Tagges hat den Tag, an dem Ministerpräsident Lohse in Berlin eintraf, öffentlich als einen schwarzen

Tag in der Geschichte Deutschlands genannt. Die Pariser Nationalisten werden jubeln und von dem Hingehen des aktiven, Naziminsters mit Freude Kenntnis geben. — Der bisherige Ministerialdirektor im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe Dr. Erni ist zum Reichskommissar für das Bankgewerbe ernannt worden. — Der Berliner Völkervorstand hat am Montag beschlossen, die Berliner Arbeiter bis auf weiteres für jeden Verkehr und für jeden Besuch geschlossen zu halten. Man darf annehmen, daß sich auch die übrigen deutschen Völkervorstände dem Schritt anschließen werden. Von nationalsozialistischer Seite wird mitgeteilt, daß die nationalsozialistische Reichstagsfraktion zu Beginn der Plenarverhandlungen des Reichsparlaments einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Brüning und einen besonderen Mißtrauensantrag gegen den Außenminister Curtius einbringen werde.

Unsere tägliche Erzählung: Illusion.

Von Oly Boheim.

(Nachdruck verboten.)

Melanie Garden trat an das Fenster und atmete die frische Luft, die sich und ebenfalls von den schimmernden Fäden in das kleine Bergschloß hereinwehte kam.

„Lila, Anstehen, Einsteck!“

Statt ihres berühmten Künstlernamens hatte die Gängerin sich unter dem Wädchennamen ihrer Mutter in das Fremdenbuch eingeschrieben.

Sie wollte unerkannt bleiben. Zum Ausgleich ihrer Sorgen ausgepackt hatte, trat sie vor den Spiegel und ordnete ihr glanzloses, spärliches Haar. Sie wußte, daß sie alles andere als schön war.

Die Hilflosigkeit ihrer Erziehung war der Grund, weshalb Melanie Garden sich nie im Konzertsaal oder der Bühne sehen lassen konnte. Aber der Kunstpunkt und die Schallplatten machten sie rasch berühmt. Am Anfang ihrer unheimlich komischen Erziehung hatte die Natur ihr eine der schönsten Stimmen verliehen, die je ein Mensch besaß. Und da die Liebe bis jetzt an Melanie vorbeigegangen war, legte sie alle Leidenschaft und unbeantwortete Glut in ihren Gesang — sie erschütterte und begeisterte wie kaum eine zweite Gängerin.

Als sie sich zum Abendessen in das Speisezimmer begab, sah sie zum erstenmal laufend die Einlampe.

„Wäre es nicht schön“, dachte sie, „wenn jetzt ein Mensch einträte — der sich an meinen Tisch setzte, nach meinen Wünschen fragte, voll Sorgfalt und Liebe?“

Melanie hatte ihren Wunschgedanken noch kaum zu Ende gedacht, als die Tür aufging, ein hochgemachter, schlanker Mann mit Brillen — der anscheinend sehr kurzfristig war — sich nach kurzem Zögern an ihren Tisch setzte. Bald wurden gemeinsame Hochtouristen verabredet, denn der Fremde, ein Arzt aus Berlin, war ein ebenso leidenschaftlicher Bergsteiger wie Melanie. Nach acht Tagen war Melanie bis über ihre Ohren mit dem Fremden verflochten. Zum ersten Male liebte diese Frau, Melanie wurde in ihrem heimlichen dunklen Glück strahlend und für ihre Verhältnisse beinahe hübsch.

Der Arzt schien es jedoch nicht zu merken. Sie streifte die Wartende ein Wort, das eine Sublimierung oder eine verdeckte Werbung enthielt, er sprach zu ihr wie ein guter Kamerad — nichts weiter.

Melanie jedoch hatte ihr fortwährendes Geheimnis, und sie spargte Tag um Tag, ihr Intonatio zu küssen, und den heimlich geliebten mit dem Wunder ihrer Stimme zu überreichen.

Es war ein grauer Vormittag, das Barometer veränderte Regen und Sturm.

„Wie wollen uns mit der Welt in Verbindung setzen“, sagte der Arzt und drückte, nachdem er Melanie in ihrem Zimmer begrüßt hatte, den Lautsprecher an. Nach einigen Minuten und Knarren meldete der Anrufer Berlin und das

Parteiangelegenheiten.

Die Streitereien der Neun. Der bisherige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dietrich, einer von den neuen ist zur SPD übergetreten. — Inzwischen haben zahlreiche Bezirksverbände zu dem Beschluß des Parteiaussschusses Stellung genommen und ihn vorbehaltlos gebilligt. — Der Bezirksvorstand der SPD von Ostpreußen hat die Mitglieder Dr. Walter Fabian, Helmut Wagner und Blagelzack aus der Partei ausgeschlossen. In der Begründung dieser Entscheidung heißt es, daß alle drei eine Tätigkeit entfaltet haben, die den Zweck haben sollte, durch die Bildung von Sonderorganisationen die Organisation der Partei zu untergraben und die Partei zu spalten. Fabian ist Herausgeber der Zeitschrift „Sozialistische Information“, deren Tenor darauf gerichtet ist, die Sozialdemokratie zu zerstückeln. — Das Volkbüro meldet: Der sozialdemokratische Parteivorstand wird sich heute mit der Angelegenheit Rosenfeld und Seydewitz befassen. Der Bezirksvorstand Zwidau der Sozialdemokratischen Partei hat beschlossen, Seydewitz wieder als Chorführer des „Sächsischen Volksblattes“ einzulassen.

morgenbüsche Schallplattenkonzert an. „Sie hören jetzt die Melodie aus Frankreich“, gelungen von Melanie Garden.“ Strahlend, löste die herrliche Stimme der Gängerin durch den Namen, Melanie, wie im Fieber zitternd, betrachtete den geliebten Mann. Er schien leidend erregt, lauchte schweigend, und stellte, nachdem der letzte Ton der Arie verklungen war, den Lautsprecher ab.

„Sie lieben Gesang“, fragte Melanie, und ich war, als hinge ihr Leben an seiner Besingung.“

„Ich liebe“, sagte der Mann ernst, „die Frau mit dieser unvergleichlichen Stimme, die liebe sie seit Jahren, und habe sie nie geliebt.“

Melanie wandte ihr Gesicht ab, um die aufsteigenden Tränenströme zu verhindern.

„Ich habe sie nie geliebt!“ fuhr der Mann wie im Selbstgespräch fort, „aber ich weiß genau, wie sie aussieht.“

„Sollte er etwas ahnen?“ dachte Melanie, schlusslos vor Seligkeit.

„Sie ist sehr, sehr schön“, fuhr der Mann fort, ihre Augen hind dunkel und voll Riesel, ihre Hände mußten vor Zartheit zitterndlich sein.“

Melanie war bleich geworden. Verfürt verlor sie ihre Reflexion, blickte Finger unter dem Schal.

„Der Körper, der eine so göttliche Stimme besitzt, muß ebenmäßig sein wie die Statuen der Antike.“

„Und wenn —“ sagte Melanie mühsam mit einer leisen verzweifelten Gebärde — wie ein Spieler, der den Rest seiner Wärfahrt auf eine letzte Karte legt — „wenn die Frau, deren Stimme Sie so lieben, ganz anders aussehen würde, — ich meine, nicht schon wäre —“

„Das wäre das Ende der Illusion!“ antwortete der Mann.

„Niemand!“

Melanie umfaßte noch einmal mit einem Blick das Gesicht des Mannes, für dessen Rätheln sie ihre ganze Kunst hingegen hätte.

Aber er wandte den Kopf absehend und verließ — wie jemand, dem man etwas sehr Liebes angetan hat.

„Ich habe Sie gewarnt, bei dem dichten Nebel allein die Wand zu bestiegen“, sagte der Portier. „Wenn Sie sich nur nicht verirren!“

Im Winternacht flammten die Fackeln der Rettungsrepublik über die Berge. Drei Tage lang irrten die Bergsteiger umher, ohne Melanie zu finden.

Als man die Abgesandten eines Abends heimlich und verhalten durch den Hintereingang des kleinen Hotels trug, um die Gänge nicht zu erschrecken, löste ihr strahlende Stimme heftig und lebendig durch das offene Fenster in die schlafenden Berge.

Der Mann — helle erstrahlte das Grammophon ab — und ließ die Stimme sich vernehmen.

Er achte nicht, daß mit der kleinen, blauen Wandergeige, deren Ton ihr nur mit flüchtigem Willehriß bezirzte, diese Stimme für immer verschwunden war.

Die SPD.

Ihre neuesten Pläne gegen die Arbeiterschaft.

Die Kommunistische Partei bekommt die Folgen ihres Verrats an der Sache der Arbeiterschaft, den sie durch das Bündnis mit den Faschisten beim preußischen Volksentscheid bezeugen hat, in den Reihen ihrer eigenen Anhänger bereits zu spüren. Trotz der Bemühungen derer um Heinz Neumann und Henneke gelang es nicht, selbst den Parteimitgliedern die Überzeugung beizubringen, daß die Affäre der Kommunisten vom 9. August nicht ein Einzelfall aus dem Volkshaus gewesen sei. Noch viel weniger gelang es natürlich, bei den sozialdemokratischen Arbeitern Propaganda für die Politik des Verrats und des Volkshauses zu machen.

Die kommunistische Zentrale ist die Gefangenene des Ruzjes, der zum Bündnis mit dem Faschismus geführt hat. Sie steht sich jetzt gegenüber, auf dem Wege der Verteilung des Verrats immer weiter Kampagnen zu geben. Sie will eine mehrere Wochen dauernde Kampagne durchführen, in der den Kommunisten und den sozialdemokratischen Arbeitern bewiesen werden soll, daß das offene Bündnis mit den Faschisten kein Arbeiterverrat gewesen sei, sondern daß es die höhere revolutionäre Strategie darstelle. Die Richtlinien zu dieser Kampagne sind in einem Rundschreiben niedergelegt, das die kommunistische Zentrale in den letzten Tagen erlassen hat. Dies Rundschreiben geht gleich im Anfang, wie unzufrieden die kommunistische Zentrale mit sich selbst und ihrer Partei ist. Es heißt darin:

„Doch ist es der Partei nicht gelungen, in breiterem Rahmen an die SPD-Arbeiter unmittelbar heranzutreten, um sie für uns zu gewinnen. ... Es zeigen sich als Hauptfehler und Schwächen der Partei: nicht genügender Einfluß in den Betrieben, nicht genügender Einfluß in den Gewerkschaften, schlechterische Einstellungen der Mitglieder der SPD-Arbeitern, den Zentrumsarbeitern und Parteimitgliedern gegenüber. Anlauf zur ideologischen Auseinandersetzung und lameradschaftlichem Verhalten zu andersgesinnten Arbeitern.“

Die kommunistische Zentrale bemüht sich danach nach Verbestrafung, die Arbeiterbewegung weiter zu zerpfücken und zu schwächen, aber es gelingt ihr nicht. Die sozialdemokratischen Arbeiter lassen sich durch die kommunistischen Phrasen nicht irren machen. Die kommunistischen Arbeiter aber haben in der Tat keine Zeit, über das verärrliche Bündnis mit dem Faschismus vom 9. August mit sozialdemokratischen Arbeitern zu diskutieren, aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht wissen, wie sie ihre Partei verteidigen sollen. Und weil es nicht gelingt, an die sozialdemokratischen Arbeiter mit den Argumenten der kommunistischen Zentrale heranzutreten, sollen die Methoden des kommunistischen Spitzeltums in der Sozialdemokratischen Partei überall vorangetrieben werden.

Die kommunistische Partei sieht sich durch die sozialdemokratische Offensive gegen den kommunistischen Arbeiterverrat mit Recht schwer erschüttert. Die kommunistische Zentrale verläßt nun, die Welle der Empörung der Arbeiterschaft über den kommunistischen Arbeiterverrat „Politikation“ hinzuzufügen. Sie stellt in ihrem Rundschreiben die lächerliche Behauptung auf, daß die Welle der Empörung von der Polizei kommandiert worden sei. Die Heinz Neumann und Henneke können bei ihren eigenen Parteigenossen anfragen, ob die Empörung und die tiefe Depression, die viele Kommunisten erlitten hat, ebenfalls von der Polizei kommandiert ist! Die Henneke und Heinz Neumann wollen, daß alle kommunistischen Zeitungen und Organisationen ein Geschrei erheben sollen, daß die Welle der proletarischen Empörung über sie eine „Kommunisten“ darstelle. Die Parteien und ihre Führer pflegen regelmäßig über „Bogrom“ zu schreiben, wenn ihnen auf die Finger geklopft wird!

Aber diesen Schwindel von der Bogromheise und vom Polizeikommando glauben ihnen weder die kommunistischen Arbeiter, noch die kommunistischen Organisationsleiter, noch die kommunistische Presse. Und so liegt das Rundschreiben der kommunistischen Zentrale:

„Unsere ganze Presse, und damit selbstverständlich auch unsere ganze öffentliche Agitation, spiegeln in keiner Weise die gemeinen Terrormaßnahmen der Polizeiorganen gegen die kommunistische Bewegung wieder. In der Abwehr der Terrormaßnahmen der Polizeiorganen gegen unsere Partei haben die meisten Bezirke fast vollkommen versagt.“

Es haben in der Tat versagt, aus dem einfachen Grunde, weil selbst den hartgeleiteten Eigentümern die unangehörliche Lage dieser Parteien der Heinz Neumann und Henneke zu breit und zu unangenehm erscheint. Man sollen alle Bezirksleitungen und kommunistischen Organisationen alle bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen aus den Monaten Juli, August und September in je einem Exemplar an den „Kommunistischen Pressedienste“ einleiten, der nach den Beschlüssen von Heinz Neumann und Henneke dann der kommunistischen Presse das Märchen von der Bogromheise und vom Polizeikommando eintrudeln soll.

Ferner will die kommunistische Zentrale die kommunistischen Bezirksleiter und die kommunistischen Arbeiter mit Gewalt zur Diskussion mit sozialdemokratischen Führern und Arbeitern zwingen. Sie bezieht, daß öffentliche Veranlassungen zu organisieren sind, zu denen SPD-Führer eingeladen werden sollen, daß in allen Betrieben Betriebsversammlungen abzuhalten sind, daß in allen Gewerkschaften Anträge gestellt werden, Korrespondenten der KPD, die bei allen Genossenschafts-Genossenschaftensammlungen einzubringen seien, und daß in allen sozialdemokratischen und Gewerkschafts- und Reichsbannerveranstaltungen Kommunisten aufzutreten sollen. Die mangelnde Neigung der

Lohnpläne der Reichsregierung

Innerhalb der Reichsregierung schieben zuerst Erwägungen über eine elastischere Gestaltung der Löhne. Das Ziel ist, bei gleicher Lohnsumme eine größere Zahl von Arbeitsträgern zu beschäftigen. Das bedeutet einen neuen, sehr erheblichen Lohnabbau. Der Plan geht auf Anregungen des neuen Präsidenten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, des Herrn v. Krupp zurück.

Die Verwirklichung derartiger Pläne wäre gleichbedeutend mit dem Ende der Regierungspolitik. Die deutsche Arbeiterschaft hat bisher noch so große Opfer getragen, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei unter keinen Umständen bereit sind, sich mit einem weiteren Lohnabbau und der Beseitigung der seit Jahrzehnten bestehenden Tarifverträge abzugeben. In den ärztlichen Gewerkschaften wird eine ähnliche Auffassung vertreten, so daß gegen die Pläne eine Einheitsfront aller Arbeiter geschlossen ist, gegen die auch das Zentrum nicht ankämpfen vermag.

Die neue Notverordnung der Regierung ist nicht vor Ende der Woche zu erwarten. Von den 32 Punkten der Tagesordnung, mit deren Beratung der Regierung am Donnerstag begonnen hat, waren bis Sonnabend erst 17 erledigt. Ein

wirksames Winterprogramm, das mit neuen Ideen an die Bekämpfung der furchtbaren Wirtschaftskrise herangeht, wird aber auch in der neuen Notverordnung nicht enthalten sein.

Die angeforderte Reichsarbeitslosenfürsorge ist an den Differenzen zwischen dem Arbeitsministerium und dem Finanzministerium gescheitert. Den Gemeinden sollen die Lasten aus der Unterstützung der Wohlfahrtsverbände wenigstens teilweise abgenommen werden. Insgesamt werden dafür rund 230 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die entsprechend dem Maß der Kosten durch die Wohlfahrtsverbände auf die einzelnen Gemeinden verteilt werden. Für Berlin z. B. rechnet man mit einem Betrag von etwa 20 Millionen Mark für das Winterhalbjahr. Dagegen soll der Fehlbetrag in der Arbeitslosenversicherung zum Teil durch eine Heberhebung der Löhne auf die Arbeitslosen zum Teil durch weitere Einsparungen gedeckt werden.

Um die Nebenken gegen diese Maßnahmen zum Ausdruck zu bringen, haben in der vergangenen Woche Beteiligungen der Sozialdemokraten mit dem Arbeitsminister, dem Finanzminister und dem Reichsstatler stattgefunden. Sie werden am Dienstag fortgesetzt.

Fingierte Todesanzeige.

Uebler Nachsatz eines Konkurrenten.

Als K u r z e s t wird berichtet: Ein gewissenloser Streich wurde vor einigen Wochen an dem Oberlehrer Dohse, der abheils von jedem Verkehr in einem kleinen Dorf in der Gegend lebt, verübt. Er erhielt ein Telegramm, in dem die Worte standen: „Meana ist tot, kommt sofort alle.“ Für den Oberlehrer unterlag es keinem Zweifel, daß dieses Telegramm vom Gatten seiner geliebten Schwester abgefaßt worden war, und deshalb alarmierte er sofort seine Eltern und die übrige Familie. Nicht einen Augenblick kam ihm der Gedanke, daß die furchtbare Nachricht aus bestimmten Gründen fingiert sein könnte.

In aller Eile lief er sich bei seinen Nachbarn Geld aus, um die weite Reise nach dem anderen

Ende des Landes, wo der Gatte der Schwester mochte anzufragen. Ein Mann wurde gemeinlich und die jamrende Familie begab sich auf die mehrtägige Wanderung durch Bukovina. Als sie endlich an Ort und Stelle ankamen und vor dem Saus der Verstorbenen vorfanden, erblickten sie die Totgeläubte frisch und wohl bei der Arbeit.

Die Polizei ging der Angelegenheit nach und ermittelte auf Grund des Telegrammformulars die nichtswürdigen Täter in dem Kirchenfänger Larnowski und dessen Bruder, die sich an dem Oberlehrer rächen wollten, weil er sie in der Günst der Gemeinde verdrängt hatte. Die „feindlichen“ Brüder wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Kleines Mädchen betriegt eine Bank.

Sie fälscht ihre eigene Unterschrift.

Wie raffiniert Kinder vorgehen können, wenn sie nicht unter ständiger Aufsicht stehen, mußte dieser Tage der Direktor einer W a r s z h a u e r Großbank erleben. Auf seine Anweisung war für eines Schilfermanns eines Gmgnichts ein Sparkonto eingerichtet worden, über das sie nach Belieben verfügen konnten, wobei dies allerdings nur ein Anreiz zum Sparen geben sollte. Unter den halbwüchsigen Sparern befand sich auch die zwölfjährige Anna T., Tochter einer angehenden Familie, ein verwöhntes und schwer zu lenkendes Kind.

An einem Vormittag erschien bei dem Direktor ein kleines Mädchen, stellte sich als eine Schulkollegin der angehlich erkrankten Anna vor und wies eine Anweisung auf 5 Mark vor, die von der Patientin unterschrieben war. Ohne Argwohn zu schöpfen, ließ der Direktor ihren Betrag ankassieren ausgeben, damit die kleine Anna ihre Ängsten „selbst besagen könne“.

Raum vergingen einige Tage, als sich die nunmehr Genehene bei einem Kassierer meldete und um ihm die Ausstellung eines neuen Sparbuches verlangte, weil sie das alte verloren hätte. Ihr Wunsch wurde erfüllt und man ließ fünf Mark zu wenig berechnen. Dem Finanzweis auf die Kollegin und die Anweisung beantwortete sie mit der Erklärung, daß eine plumpe Fälschung vorliege.

Darauf verständigte der Bankkassierer die Polizei, der innerhalb weniger Stunden die Auffklärung des löcherbaren Falles gelang. Die kleine Anna war nämlich gar nicht krank gewesen, sondern hatte sich unter dem Namen einer Kollegin in der Bank eingeführt und die eigene Unterschrift plump nachgemacht, um auf diese Weise in den Besitz von fünf Mark zu kommen. Die kleine Betrügerin wurde einer Fürsorge übergeben.

Des Mordes und der Kindesunterschlebung beschuldigt.

Um von dem Schwiegervater Geld zu erpressen.

Als R u t h e n wird berichtet: Im April erstattete Alfred J am o r e d gegen das Ehepaar K. bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige, in der er die Eheleute der Kindesunterschlebung und des Kindesmordes beschuldigte. Das Ungewöhnlichste an dieser Beschuldigung war, daß der Angezeigte Schwager der Ehefrau K. ist. Nach der Anzeige soll der Schwiegervater J am o r e d die Leiche des getöteten Kindes im Garten vergraben haben.

J am o r e d s Erzählung über die Vorgeschichte des Mordes mußte wie ein Korpsoptate-Roman anmuten. Er erzählte, daß seine Frau noch vor der Geburt, im November 1928, einem Knaben das Leben geschenkt habe. An demselben Tage gebar auch Frau K., die Schwägerin seiner Gattin, ein Kind, das aber sehr schwächlich schien. Das Ehepaar K. habe deshalb

das Kind erwürgt

und das uneheliche Kind des J am o r e d als ihr eigenes angenommen.

Die Staatsanwaltschaft leitete pflichtgemäß ein Verfahren ein. Bei der ersten Vernehmung bestrittigte Frau J am o r e d die Angaben ihres Gatten. Später widerrief sie ihre Bekundun-

gen und blieb bei der neuen Darstellung auch in der Verhandlung. Es ist fast Frau J am o r e d rechtlich unrichtig, daß sie jemals ein auferzogenes Kind geboren habe; die Erklärung von dem Kindesmord sei ein Märchen und das Kind des Ehepaars K. sei sein eigenes. Sie habe ihre ersten Angaben unter dem Einfluß ihres Gatten gemacht.

Die Staatsanwaltschaft ließ während der Ermittlungen an der Stelle, an der die Leiche des Kindes angehlich vergraben worden war, Nachgrabungen vornehmen. Man fand an dieser Stelle die — verwesene

Leiche eines Kaninzens.

Man hatte sich das Ehepaar wegen der wissenschaftlichen Aufschuldigung vor Gericht zu verantworten. Aus der Verhandlung konnte man den Eindruck gewinnen, daß J am o r e d die Anzeige nur ausgefaßt hatte, um von seinem Schwiegervater oder Schwager Geld zu erpressen. Das Gericht verurteilte J am o r e d zu drei Monaten Gefängnis

mit dreijähriger Bewährungsfrist, während seine Gattin aus formalen Gründen freigesprochen wurde.

kommunistischen Mitglieder und Arbeiter, die verärrliche Politik der kommunistischen Zentrale zu verteidigen, soll durch einen Zentralbefehl erledigt werden.

Im Mittelpunkt aber soll der „Sturm zur Eroberung der wichtigen Großbetriebe Deutschlands durch die KPD, und die KPD.“ stehen, wobei die KPD große Streikämpfe hervorgerufen soll. Die Lohnstrategen aus der kommunistischen Zentrale haben noch nicht genug von den Niederlagen, die sie in den Betrieben erlitten haben, noch nicht genug von den Kata-

strophen, die regelmäßig die Folge von Aktionen der KPD gemeint sind. Sie wollen, daß auch die letzten gläubigen Anhänger der KPD, noch erwerblos aus die Pfäfer fliegen sollen. Der Erfolg ihrer Lohnstrategie wird sein, daß der Sturm zur Eroberung der wichtigsten Großbetriebe durch KPD und KPD, damit endet, daß wieder ein Teil der Arbeiter dieser Betriebe braunen sein wird. Das ist der wahre Sinn der Kampagnen, die das Rundschreiben der kommunistischen Zentrale anordnet: Um den schändlichen Verrat der Heinz Neumann und

Kemmel an den Klasseninteressen der Arbeiterschaft zu verdeutlichen, sollen leichtfertig Kämpfe provoziert werden, bei denen die irrezugierten kommunistischen Arbeiter die Opfer sein werden.



Gustav Rupp von Rohlen und Falck wurde, wie gemeldet, zum Vorsitzenden des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Nachfolge Geheimrat Duisbergs gewählt.

Debauchement-Scandal.

In einer förmlichen Versammlung der betragenen Sparere und Gläubiger des Debauchement-Konzerns, die kürzlich in Berlin stattfand, haben mehrere Anwesende unter einseitiger Zustimmung der Anwesenden verlangt, wie uns vom J o h l. mitgeteilt wird, daß auch der Deutschnationale Handlungsgesellschaftsverband für die Verluste der Sparere regreßpflichtig gemacht wird. Der DNB ist durch seine regreßpflichtige Beteiligung an der Wirtschaft im Debauchement-Konzern, die mit parlamentarischen Ausdrücken nicht mehr gekennzeichnet werden kann, heillos kompromittiert. Er ist der zweitgrößte Gesellschafter der Debauchement. Zahlreiche Kapitalgeber sind wie in der Sparereversammlung festgestellt wurde, durch Funktionen des DNB, in dem Abfluß eines Kapitalvertrages mit dem Debauchement angezogen worden. Der Vertreter des DNB, im Aufsichtsrat der Debauchement, der Generalsekretär des Verbandes Broff. Erst als der Zusammenbruch nicht mehr zu vermeiden war, hat Broff gemeinsam mit seinen sämtlichen Kollegen in den Aufsichtsrat der Debauchement-Gesellschafts-Vektoren der Inneren Mission und christlich-sozialen Abgeordneten — sein Mandat niedergelegt. Die Ratien verließen das sinkende Schiff.

Es ist attentunnd, daß die auf das schwerste belastete Gefährdung der Bankrott-Unternehmungen nur eine Marionette in den Händen der Aufsichtsräte gewesen ist.

Serr Broff, der Generalsekretär und Beauftragte des DNB, war mitentwungen. Er hat nicht, wie es seine Pflicht und Schuldigkeit als sogenannter Angehlichvertreter gewesen wäre, gegen Korruption und Mißwirtschaft protestiert. Er hat die Beschlüsse mit gefaßt.

Der Deutschnationale Handlungsgesellschafts-Verband und sein Generalsekretär Broff — sie sind mitschuldig an der beispiellosen Veruntreuung von Millionen Kapitalgebern, die um so vermerktlicher ist, als es sich um die so teuer erpärten Gelder keiner Leute handelt. Die Sparere sind durchaus im Recht, wenn sie den DNB zur Verantwortung heranziehen.

Zwei Jahre Festungshaft

für einen kommunistischen Abgeordneten. Das Reichsgericht zu Leipzig verhandelte über eine Anklage gegen den 38 Jahre alten Schriftleiter und kommunistischen Reichstagsabgeordneten U b r i c h t, dem vorgeworfen wird, vom November 1927 bis Mai 1930 fortgesetzt zahlreiche in der kommunistischen Presse veröffentlichte Artikel teils verantwortlich geschrieben, teils selbst verfaßt zu haben. Der Angeklagte gibt das zu, bekennt aber, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben. Er habe die Interessen des wertvollen Volkes wahr genommen. Die Gesetze der herrschenden Klasse seien ihm gleichgültig. Der Reichsanwalt beantragte zwei Jahre neun Monate Festungshaft. Das Urteil lautet auf zwei Jahre Festungshaft wegen Vorbereitung des Hochverrats in Tateinheit mit § 4 Ziffer 1 des Republikverstoßes.

Das größte Museum der Welt.

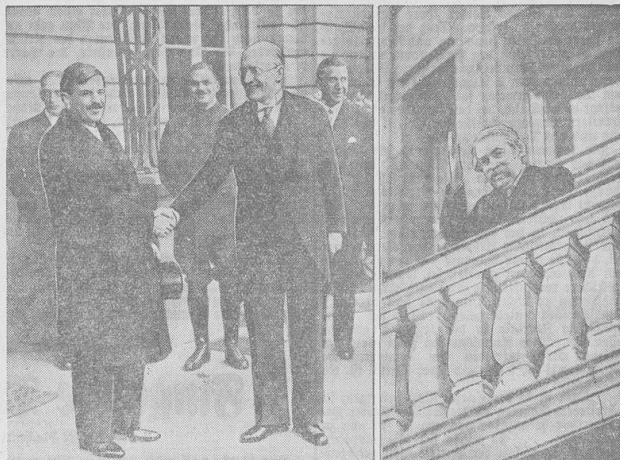
Das englische naturwissenschaftliche Museum hat vor einigen Tagen sein hundertjähriges Bestehen gefeiert. Das Museum gilt als das größte der Welt. Eine Besonderheit, die sich nirgends sonst finden dürfte, ist es, daß der Abteilung für Säugetiere Schödel berühmter Rassenherde beigegeben wurden. Man wird doch nicht etwa aus ihren Formen auf die Genbarkeit des Hochgenies schließen wollen, so wie bei uns Gelehrte die Schödel und Gehirne berühmter Männer auf ihre Sonderart hin untersuchen? Welches ist es gar, auf Grund solcher Studien besonders tüchtige Pferde zu züchten oder zu erkennen. Bei menschlichen Genies dürfte das denn doch schwerer fallen.

~ Bilder vom Tage ~

Der französische Ministerbesuch in Berlin.



Der Empfang am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin. — Reichsaußenminister Dr. Curtius (1), Frankreichs Außenminister Briand (2), Frankreichs Ministerpräsident Laval (3), Reichskanzler Dr. Brüning (4).



Links: Reichskanzler Dr. Brüning begrüßt den französischen Ministerpräsidenten Laval in der Reichskanzlei. — Rechts: Außenminister Briand dankt der hochrufen Menge vom Balkon des Hotels Adlon.



Die Ankunft der Wagen mit den französischen Gästen vor dem Hotel Adlon Unter den Eichen.



Am Grabe des früheren Außenministers Gustav Stresemann legt Briand in Begleitung des französischen Botschafters Boncet einen Kranz nieder.

Argentinische Seeleute ehren das Andenken der deutschen Kriegesgefallenen.



Fregattenkapitän Lajous, der Kommandant des argentinischen Schulschiffes „Presidente Sarmiento“ legt einen Kranz am Gefallenendenkmal in der Berliner Neuen Wache nieder. — Die Offiziere des augenblicklich in Bremen liegenden Schulschiffes „Presidente Sarmiento“ haben auch der Reichshauptstadt einen Besuch abgestattet und dem Andenken der deutschen Gefallenen am Weltkriegsdenkmal in der Neuen Wache Unter den Eichen einen Kranz geweiht.

Zimmer neue Eisenbahnkatastrophen.



Die Trümmer der verunglückten rumänischen Petroleumzüge bei Mereni. — Die Serie von Eisenbahnkatastrophen in Europa will nicht abbrechen. Nicht nur die furchtbaren Attentate in Deutschland und Ungarn haben eine Anzahl von Menschenleben gefordert, auch Unglücksfälle, bei denen keine menschliche Missetat im Spiele war, haben ihre Opfer gefordert. In Rumänien, unweit von Bukarest, stießen erst kürzlich zwei Petroleumzüge aufeinander, wobei 14 Personen getötet wurden. Ein Sachschaden von 20 Millionen Lei wurde verursacht.

Wodan in Rüstingener Stadtrat.

Stundenlange Verhandlung des Stadtrats — Die Stadtvertretung lehnt den Schulabbau ab! — Hitzige Debatten — Wer ist schuld an der Schulabbauverordnung? — Kraftandränge und Täuschungsandrohungen — Dr. Nuhhorn und Kronsbein als Muster-Nazis Eine frivole Beleidigung der französischen Staatsmänner — Die neuen Notstandsarbeiten — Ausflüge in die hohe Politik — Wärmeplan für Arbeitstische? — Abgelehnte Nazi-Äußerungen — Sie heucheln Beamtenfreundlichkeit — Studienrat Dr. Nuhhorn lobt sich aus — Der Magistrat verläßt den Sitzungssaal.

Zum erstenmal in der Geschichte der Stadt Rüstingener ist gestern abend der Fall eingetreten, daß der Magistrat dem Stadtrat allein stehen mußte. Und ebenfalls zum erstenmal verließen die beamteten Mitglieder des Magistrats unter energischem Protest durch den Oberbürgermeister gegen die Ausführungen eines Redners, den Saal. Die Zuhörer auf den Tribünen hatten sich vorher zum Teil dem Stadtrat unter sich gelassen, weil ihnen offenbar das Gerede von der gebotenen geistigen Kraft angefallen ist. Und was brachte dies alles auf? Ein Studienrat war es, der den Doktorstitel hat man ihn sogar auf einer deutschen Universität verliehen, Nuhhorn heißt er und ein Nazi ist er. Fast fünf Stunden konnte dieser Mann die Verammlung der ausserwählten Rüstinger durch alle politischen Dred unserer Tage ziehen. Zwar gelang es dem Stadtrat, einen Redner, jenes Karikaturen zum Schulabbau zu unterbrechen, auch entzog ihm der Vorsitzende im anderen Falle einfach das Wort, weil jener deutliche Jugenderzieher es mit seinem Stande und leinere an ihm aufgemachten Erziehungsarbeit vereinbaren konnte, einen betagten Mann, der in Ehren und Anstand als gewandter Redner, der die Redner in den Schimpfen und zu beleidigen. Stammen muß man nur, daß sich rund zwei Dutzend Männer und Frauen solche infamen Mißspiele gefallen lassen. Zwar verließen die Sozialdemokraten zeitweise den Saal, wenn jenes übergeschwappte Naziflüßchen seinen Unfluth verappte. Die Kommunisten aber hielten sich die Beleidigungen der deutschen Arbeiter nicht nur mit feblösem Mägen an, sondern stimmten auch noch dafür, daß die Schlammlut giffigen Salles gegen den Verteilungstampf der Arbeiterklasse nur gar nicht unterbrechen wurde. Nazis und Nazis sind sich eben in jeder Hinsicht wert. Sie werfen sich die Wälle zu, spielen Janghal mit politischen Broleten, wägen die hungerten in den darbenenden Zeiten an sich den Schmachtriemen enger ziehen können.

Und was lag denn nun vor, waren denn so unüberwindliche Gegenstände zu lösen? Was ist davon. Beim Schulabbau hing es an. Auch ist der Punkt nicht aufzuheben, unter sich nur zu werden, der die Partei der Nazis, die Luft. Er kennt das so aus seinem Beruf, das Handaufheben. Ohne abzumarten, was der Vertreter des Magistrats, was die Schulverwaltung wohl zu den Dingen zu sagen hätte, schmatzt er, vom Hundertsten ins Tausend kommend, über die Arbeiterorganisation, den Kampf und andere politische Sachen. Er hat dabei auch ein Köhler auf des infame Rüstinger Volksschulwesen, zu dessen Ursache das die so gefohnten Sozialdemokraten die Voraussetzungen schaffen. Keine Nazigebeide gibt es im deutschen Vaterlande, wo etwas gleiches zu finden ist. Die Sozialdemokraten antworten das auch mit Nazis. Er hat dabei auch schon herausgefunden, daß der Stadtrat fast einstimmig dem Beschluß des Schulvorstandes auf Ablehnung der geforderten Maßnahmen beitreten würde. Dennoch langsame Ausführungen und unqualifizierbare Mißfälle gegen politische Gegner, die doch wenigstens in diesem Falle im Recht zu sein hätten.

Eine kurze Erklärung von dem Stadtrat und der Kommunisten gibt seinen Spruch auch dazu. Gegen die Beamtenvertreter. Längst steht aber der Name Nuhhorn wieder in der Mitte. Der Kandidat wiederholt sich, zwei Stunden gehen so hin, ein Schulabbau flappert. Zustimmung, keine Hand zum Schulabbau.

Die Kandidaten werden nun in die Reihen der Nazimänner Rüstingener. Die Zeit ist nicht abzuwarten, bis der Oberbürgermeister das finanzielle Drum und Dran in der Gemeinde dargelegt hat. Jedermann weiß, die Sache wird einstimmig angenommen. Doch mit knappen verbleibender Zeit und voller Aufregung zahlreicher Mitglieder des Stadtrats, die sich gegen den Beschluss des Schulvorstandes, alles Waschen hilft nichts. Die sozialdemokratischen Redner verließen vergebens, die Dinge in sachliche Bahnen zu bringen. Herr Ebersbach ist auch Parteimann. Auch er hat einen Führer. Hugenberg hat in Stein Reden gehalten. Der Kaufmann Ebersbach hält die dort versagte Maßstäbe für eine gängige Sache und heint sie in empfindliche Einsetzung. Da ein Schulabbau fehlte, darf der von der Heberitis befallene Studienrat fünfmal das unendliche Zeug vom Himmel herunterreden. Es hört zwar niemand mehr zu, aber die doktorische Unkenntnis kennt kein Maß, wie man auch vergeblich nach einem Ziel sucht. Wiederum sind zwei Stunden dahin.

Schnell werden einige Sachen erledigt, auch Herr Meyer von den Nazis hofft sich keine Abfuhr, da sein Hirn bekanntlich an Gaswerksvergiftung leidet. Sein Doktorfreud hat daran aber kein Interesse, und so kommt denn die letzte Bombe zum Platzen. Alles hofft jetzt auf die folgende Zeit. Ein Ministerium tag und Nacht und was wird beantragt? Nun, was denn schon. Der Magistrat soll den Naziführer ausarbeiten. Statistiken will man haben. Worüber? Man möchte wissen, was alles durch die Notverordnungen erreicht ist. Dabei sind noch alle Tage neue Verordnungen zu erwarten und die erschaffen sind erst zum geringen Teil durchgeführt. Die Notstandsverordnung wäre also noch Stückwerk und wäre keinerlei schiffliche Beweise. Was soll denn auch bewiesen werden? Daß die Gemeinden kein Geld haben, um ihre Aufgaben genügend erfüllen zu können, weiß auch zu jedes Kind. Aber unter Doktor mit dem Redelvaus konnte nicht reden, und was nicht durchzuführen. Die Leute flüchteten, und als der Doktor Studienrat

aus dem Hinterhalt vergiftete Weile gegen den Oberbürgermeister richtete, zog ihm die Gebuld, sprach etwas von gemeinen Motiven, rief seine Ältern an sich, und ließ den ebenen Studienrat mit seinem Jugendschulgen. Bürgermeister Dr. Kronsbein und Stadtrat Kleine hatten auch die Nase voll und zogen ebenfalls von dannen. Der Vorsitzende durfte ohne Widerspruch die Schuld an dem lächerlichen Ausgang der Preisheit und Niedertracht eines Dr. Nuhhorn zumessen und der Stadtrat warf den Antrag in den Papierkorb. Am Ende machte der Vorsitzende dem Nazidiktator Kronsbein noch klar, daß auch für ihn die Bestimmungen der Geschäftsordnung gelten, womit der Vortrag über einen lächerlichen Abschnitt der Geschichte des Rüstingener Stadtrats fiel.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der auf den Tribüne wartenden Lehrerbestand, die Sitzung fragt St. M. Eilts (Kd.) warum im Antrag der Erwerbslosen nicht auf die Tagesordnung setze. Vorsitzender Kleter antwortet er habe solchen Antrag nicht erhalten, der ist wohl an den Magistrat gegangen. Der nationalsozialistische Ratsherr Kronsbein protestiert hierauf gegen einen ihm in voriger Sitzung erteilten Ordnungsruf, den er erteilen der Vorsitzende nicht berechtigt gewesen sei. Der Stadtrat geht über diesen Protest hinweg. Es wird dann in zweiter Lesung der Lebernahme der Friedensträge Zustimmung. — Darauf steht die Schulordnung zur Verhandlung.

Um den Schulabbau.

Das Evangelische Oberstufkollegium hat auf Grund der Verfügung des Staatsministeriums bei Sperrmaßnahmen im Volksschulwesen beschließen, im Beirat der Stadt Rüstingener elf Klassen aufzugeben. Das Katholische Oberstufkollegium hat die Aufhebung einer Klasse beschlossen. Die Oberstufkollegien haben diese Beschlüsse den Schulvorständen mitgeteilt zur abschließenden Herbeiführung der Maßnahme des Schulabbau. Beide Schulvorstände empfehlen dem Stadtrat, der Aufhebung der Klassen nicht zuzustimmen.

Die Aussprache.

St. M. Dr. Nuhhorn (Nazis) geht auf den Inhalt der obenbenannten Verfügung und die Beschlüsse des Oberstufkollegiums ein. Er sei bedauerlich, daß die Regierung den Schulabbau in Rüstingener auf alle Fälle durchzuführen werde. An dem klammerlichen Rest der Selbstverwaltung, den man habe, wolle sie auch noch rütteln. Der Stadtrat müsse die Ablehnung der Vorlage zu einem energischen Protest gegen die Regierung machen, denn in Rüstingener sei genug abgebaut worden. Um in ein Winter das „heutige System“ noch aufrecht zu erhalten, brauche man nicht um Nachteil von Schülern und von Vorgesetzten abgeben. Es müsse sein, daß der Lehrer nicht weg gelasse. Sie könne in der Verwaltung im Ministerium und bei den hohen Gelehrten in den Städten eingeparirt werden.

St. M. Behrens erklärt namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß sie nicht gegen den Schulabbau opponieren möchte, wenn möglich. Vor allem protestieren sie gegen die Vornahme des Abbaues mitten im Schuljahr. Es müsse beim Oberstufkollegium und dem Ministerium dahin gewirkt werden, daß der Abbau am Ende des Schuljahres erfolge und daß für das nächste Etatsjahr ausreichende Plätze nicht zur Ausweisung kämen. Herr Dr. Nuhhorn sei zu sagen, daß seine Partei als die stärkste im Landtage hätte ja den Schulabbau verhindern können; Dr. Nuhbrauche sich also nicht aufzuheulen. Die Sozialdemokratie habe stets für den Schulabbau gesprochen, nicht die Nationalsozialisten. Sie wolle nicht zum Schulabbau beitragen, wenn der event. Abbau durch die Regierung ohne Schaden in Rüstingener vor sich gehe.

St. M. Eilts (Kd.) äußert sich dahin, daß die Notverordnungen nicht nur den Verfalligen auf die Suche eines stinischen Ausweges herabdrücken, sondern sich auch gegen die Nachkommen in kultureller und erzieherischer Hinsicht auswirken. Ein Protest des Stadtrats müsse gar nichts, denn das obenbenannte Ministerium müsse als Beauftragter der kapitalistischen Herren „Auftrag“ ausführen und abgeben.

St. M. Howe (Beamtenvertreter) meint, bei sehr vielen werde die Zustimmung nicht von einem trockenen und einem rassen Auge erfolgen. Wenn gepart werden solle, werde man nicht am Schuletat vorbeigehen können. Soweit Beamten- und Lehrerarbeit in Frage kämen, sei der Abbau schon jetzt zu erwägen. Wenn man aber bei den Volksschulen sparen wolle, müsse das auch bei den höheren Schulen geschehen. Der Mittelstand könne nichts mehr aufbringen. Herr Dr. Nuhhorn solle einmal die von ihm vertretenen Kreise um Opfer herantreten und nicht ein Beamteninteresse gegen die andere ausspielen. Schuld an der Notverordnung in Oberrhein seien die Nationalsozialisten (Protest rechts), die wohl die obenbenannte Regierung stützen, aber keine neuen Männer stellen. In den Gemeinden, in denen die Nationalsozialisten regierten, erhielten die Lehrer noch den finanziellen Gehaltsanteil, nicht aber den gemeinlichen. (Protest der Nationalsozialisten.)

St. M. Dr. Nuhhorn bezieht sich nicht als Beamtenvertreter; er vertrete „alle Volksschulen“ (Gelehrter). Die Nationalsozialisten hätten bei der unglücklichen Zusammenfassung des Landtages keine Möglichkeit, eine Regierung zu bilden. Die Spießbürger seien

schuld an der Notverordnung, die damals noch nicht nationalsozialistisch wählten. Die Nationalsozialisten seien besser für die Beamten als als Staatspartei und Sozialdemokraten. Herr Eilts könne überhaupt nicht von Kultur sprechen, wo jedes Kind wisse, was seine „gottlose und notverführte Bewegung“ vor habe. Die Nationalsozialisten seien kurz vor dem Siege. Die Hamburger Wahlen hätten das gezeigt. Die „deutsche Schule“ gehöre zu den wichtigsten nationalsozialistischen Programmpunkten. An den höheren Schulen werde auch abgebaut.

St. M. Dood (Soz.) bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, daß Dr. Nuhhorn das durch die Sozialdemokratie aufgebaute Rüstingener Schulwesen so sehr liebe. Da aber, wo Nationalsozialisten am Ruder seien, so in Delinzenzen, Oberrhein usw., hätten die Kulturaufgaben am meisten zu leiden, da habe man die des Schuletats erhebliche Verringerung gemacht. Die Nationalsozialisten seien nicht Schöpfer der Schule und der Lehrer; Herr Howe habe ein zutreffendes Beispiel bereits angeführt. Die Partei der Studienräte Nuhhorn verfolge nicht die Mittel für die Ausgaben zu bewilligen, die man machen wolle. (Zuruf Nuhhorn: „Daß Frankreich dafür Kanonen baut!“) — Weiterkeit. — Daß Herr Dr. Nuhhorn nun für eine „deutsche Schule“ spreche und damit die Rüstingener Schulen keine feine deutsche Schulen, die eine Unerschöpflichkeit (Schulrichtig) Mittelteil wäre es besser, die Gehälter der Studienräte weiter abzubauen und nicht mehr die der armen Volksschullehrer. Wenn hohe Pensionen und Beibehaltung abgebaut werden sollten, dann wären die Nationalsozialisten mit dem Reichstag und beizuliegen als „Witz auf Verzeihen“. (Weiterkeit.) Solchen Reden gehörten die Diäten entzogen.

St. M. Eilts polemisiert gegen den nationalsozialistischen Studienrat Dr. Nuhhorn. Die Nationalsozialisten hätten da, wo sie in der Regierung waren, das Genesmittel von dem getan, was sie hier im Stadtrat predigten. Sie hätten kein Recht, über Schulfragen mitzureden. Die Anhebung des deutschen Schulwesens in Südtirol durch Mussolini habe Hitter ja auch.

St. M. Frau Fricke (Soz.) spricht gegen Dr. Nuhhorn. Nationalsozialisten täten auf dem Lande herzlich wenig für die Schulen. Sie schimpfen nur auf die Schulverhältnisse in den Städten, die aber mit fast allen Aufgaben um die Gurt von Eltern und Lehrern. Wen man für „alle Volksschulen“ spreche, so brauche man nur an die Hofenallernprinzen und die alten Generale bei den Nationalsozialisten denken, denen würden diese demnach im Reichstag keinen Vorrang von ihren Pensionen geben. Da die Nationalsozialisten den Etat ablehnten, hätten sie kein Recht, für die Beamtenforderungen und somit für neue Ausgaben einzutreten.

Es spricht als nächster St. M. Jebik (Nazis), der u. a. sagt, man läme wieder im Reichstag, um aber auch wieder rauszugehen. (Geleier empfindet es als er in Bezug auf die französischen Minister Darnaud und Briand als von den „zwei Bananen in Berlin“ spricht. (Dem Vorsitzenden war diese Nichtigkeitsfrage emgangen, darum wurde sie nicht geäußert.) Herr Howe empfiehlt der Akter zum Schluß, zur Sozialdemokratie zu gehen.

Nach einer Aeußerung von Dr. Nuhhorn tritt St. M. Kraft (Soz.) auf den Plan, der hinsichtlich der Nationalsozialisten das Bismarckwort zitiert, monach zu Fanatismus eine große Portion Beschränktheit gehöre. (Zuruf von Ratsherr Kronsbein: „Mein Freund, gleich kommt der Mensch beher!“ — Bewegung.) Auf niedrigstem Niveau erziehe der Nationalsozialismus heute seine Erholge; die Drohung des Ratsherrn besitze das auch. Ausführlich behandelt Kraft das für das hiesige Schulwesen zu verhängnisvolle Wirken des einseitigen Naziminsters Dr. Fricke und ließ den Schreieren vom Balkentanz die Weiten.

Angenommen wird ein Antrag auf Schluß der Debatte, den anfangs St. M. Ebersbach stellen will, denn aber St. M. Wehrle norbringt.

Ergebnis.

Vorsitzender Kleter faßt das Ergebnis der Vorprade dahin zusammen, daß der Stadtrat einstimmig die die die Wohnvorläge ablehnende Vorlage ist und dabei gegen den Schulabbau überhaupt protestiert. Der Magistrat werde gebeten, dies gegenüber der Staatsregierung zum Ausdruck zu bringen.

Alle Mitglieder des Stadtrats bis auf die zwei Herren der Bürgerlichen Front stimmen dem zu.

Übernahme der Feinrichtsträge. Das Deutsche Reich hat sich durch Vertrag verpflichtet, die Grundfläche der neu ausgebauten Feinrichtsträge zwischen Villenbau- und Jabelinsträge nach Fertigstellung der Straße bei der Übernahme von Kosten und Kosten auf die Stadt Rüstingener abzutreten. Die Straße ist fertiggestellt; die endgültige Übernahme wird in diesen Tagen erfolgen. Die an die Stadt zu überenehrende Straßenfläche ist 2962 Quadratmeter groß. Der Stadtrat wird gebeten, zu beschließen die Feinrichtsträge in der genannten Straße auf die Stadt zu übernehmen. Nach einer Bemerkung von St. M. Ebersbach, die Marine möge die Straße voll ausbauen, wird die Vorlage angenommen.

Brückung bei den Ziegel- und Torfwerken. Das hiesige Reichsamt hat eine Brückung der Gehäuseschächter und der Anlagen nebst

Gewinn- und Verlustrechnung der Betriebe der Ziegel- und Torfwerke der Stadt Rüstingener per 31. März d. J. vorgezogen. Insbesondere sind sämtliche Anlagenbelege mit den Budgetungen im Reichsbund verlässigen und die Belege auf sachliche und rednerische Richtigkeit geprüft. Im übrigen sind eingehende Prüfungen der Vordächer, der Liebertragungen aus den verschiedenen Büchern durchgeführt worden. Ebenso wurde eine Zusammenstellung der rüdländigen Beträge angefertigt. Außer dieser Prüfung hat noch eine weitere Prüfung durch einen Oberinspektor Beamtenspruch stattgefunden, die sich auf die eigentlichen Anlagen beschränkte. Die Bilanzen sind mit den Büchern der Ziegel- und Torfwerke verlässigen und in Uebereinstimmung befunden worden. Besondere Bemerkungen haben sich bei den Prüfungen nicht ergeben. Das Prüfungsergebnis hat der Betriebskommission vorgelegen und empfiehlt dieselbe auf Grund der Berichte, daß der Geschäftsleitungs der Ziegel- und Torfwerke Entlastung erteilt wird. — Nach Erklärung der Nationalsozialisten, sie würden der Vorlage nicht zustimmen, weil die Verantwortlichkeit der Ziegel- und Torfwerke daraus nicht herorgehe und die Bilanz nicht nach kaufmännischen Gesichtspunkten aufgestellt worden sei, nimmt der Stadtrat die Vorlage an.

Die neuen Notstandsarbeiten.

Die Vorlage hierüber befaßt u. a. bei der Etatsberatung ist bereits beschloßen worden, im Herbst d. J. Arbeiten für Wohlfahrts-erwerbslose durchzuführen, wie dies auch in den letzten Jahren mehrfach mit Erfolg geschehen ist. Aus Vorschlägen der Dienststellen und der Kommission hat der Magistrat Arbeiten ausgewählt. Besondere Wert ist dabei auf Straßenarbeiten gelegt worden, da diese einmal am notwendigsten, aber auch am wertvollsten sind. Ferner stehen für diese Arbeiten die Mittel aus der Straßensätze zur Verfügung. Sodann sind noch Arbeiten vorgelesen, um das Schauppedäude in der Nähe des Bahnhofs abzubauen und aus dem sich daraus ergebenden Material wieder zweckentsprechende Bauarbeiten zu errichten. Als größeres Arbeitsobjekt kommt dann noch die zusätzliche Einstellung von Arbeitern im Gartenamt in Frage. Vorgelesen sind insgesamt 4883 Tagewerke, wovon allerdings 542 von Kadaverhaken geleistet werden müssen. Die Gesamtkosten für die Durchführung der Arbeiten belaufen sich auf 81.020 RM.

Die geplanten Maßnahmen zur Schaffung von Arbeit für Wohlfahrts-erwerbslose bestehen aus folgenden Arbeiten: Aufbesserung der Pflasterung zwischen Wilhelmshaven- und Straße bei Eisenbahn; Baner Weg; Befestigung in der Straße Genossenschaftsstraße-Eisenbahn; Genossenschaftsstraße; Neupflasterung der nordöstlichen Wändung zwischen Baner Weg und Haus Nr. 71; Willerstraße; Neupflasterung zwischen Götz- und Friederichstraße; Friederichstraße; Verbesserung der Einmündung; die Fortifikationstraße; Befestigung der Einmündung in die Bismarckstraße; Fortifikationstraße; Befestigung einer zwei Meter breiten Wändung zwischen Einmündungstraße und Landbesgrenze; Meier Weg; Instandsetzung nördlich der Wetterstraße; Rüstingener Straße; Befestigung der Wändung zwischen Haus 22 und 26 sowie zwischen Haus Nr. 22 und 10; Verlängerte Götzstraße; Instandsetzung der Gehsteigen und Wändungen; Wegelolom; Befestigung um vier Meter Arbeiter; Mühlenweg; Befestigung der südlichen Wändung zwischen Bismarckstraße und Tammen.

Ferner sind folgende Arbeiten vorgesehen: Abbruch des Schuppengebäudes sowie Transport der Materialien; Entfernung der Betonfundamente der Schuppe und dann Anlegung eines Weges zum Haus Baner Weg 16; für drei Landstellen (Kassen, de Wries, Quaten) aus dem Abbruchmaterial je einen 13 Meter langen Schuppen herzustellen; für die Stadtparkstraße aus dem Abbruchmaterial einen Arbeits- und Geräteschuppen herstellen. Beim Gartenamt: zusätzliche Arbeiter im Garten drei mal drei mal Mann je 50 Arbeitstage.

Die Aussprache.

Oberbürgermeister Dr. Raffrath leitete die Beratung der Vorlage mit einbräunvollsten Angaben über die allgemeine Finanznot und ihre Auswirkungen auf Rüstingener ein. Die Zahl der Personen in der offenen Füllgröße hat uns seit von Januar 1930 bis jetzt um das Doppelte, von 520 Familien auf 1040 Familien zugenommen. Die Familien seien es, die lediglich aus Gemeinrenten unterhalten werden müßten. Solche Familien würden sich katastrophal aus. Ginko kämen Einkommensausfälle in beträchtlicher Höhe. Lohn- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute setze sich das mit höchstens 480.000 RM. gerechnet werden dürfe. Einkommens- und Gehaltsfälligkeiten bedeuteten auch einen Rückgang auf kleinerem Gebiet. Bei der Etatsaufstellung sei z. B. mit einem ungeklärten Anteil an der Reichsentsommunterer in Höhe von 700.000 RM. gerechnet worden. Heute set

Das Urteil ist gesprochen



Millionen von genossenschaftlichen Rauchern haben sich endgültig für die edlen

GEG-ZIGARETTEN
aus dem KONSUMVEREIN entschieden.

GEG-Smarra zu 2 1/2 Pl.
GEG-Phantas zu 4 Pl. GEG-Kissil . . . zu 5 Pl.
GEG-Neptun zu 4 Pl. GEG-Gastalde zu 6 Pl.

Nur im
Konsum-Verein Rüstringen
Abgabe nur an Mitglieder.

Freier Turn- u. Sportverein Schaar
Am Sonnabend, dem 3. Oktober d. J., abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Elysium“ (Müller), Bismarckstraße

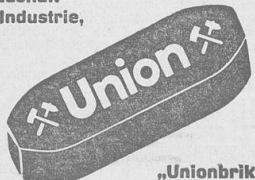
12. Stiftungsfest

Turnerische Aufführungen m. nachfolgendem Festball. Freunde u. Gönner sind herzlich willkommen. Eintrittspreise: Vorverkauf Herren 70 J., Damen 30 J., Tanz frei. An der Abendkasse Aufschlag

Auto-Lackier-Anstalt
mit elektr. Betrieb
MAX UDERSTADT
Rüstringen, Börsenstr. 80
Telefon 700

Öl- und Nitro-Zellulose-Spritzlackierung
Saubere Ausführung, billigste Berechnung - Gegr. 1900

Ob Haushalt oder Industrie,



„Unionbriketts“
enttäuschen nie!

Anzeigenteil für Oldenburg und Umgegend.

Oldenburg.
Öffentliche Verdingung

a) der Träger und Eisenlieferung,
b) der Dachdeckenarbeiten,
für den Neubau eines Lager-Schuppen am Hafen. Angebote sind — jedes für sich — bis Montag, den 5. Oktober 1931, mittags 12 Uhr, beim Stadtbauamt, Markt 6, Zimmer 6 einzutragen. Verdingungsunterlagen können, soweit der Vorkauf reicht, dort zum Preise von je 1.00 RM. abgefordert werden.

Oldenburg, den 20. September 1931.
Stadtmagistrat.

Bekanntmachung.

Der Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Gänzerstraße, Schulweg, Seidenweg, Stillweg, Hadorfer Straße und Friedenstraße ist nach Erledigung der gegen ihn erhobenen Einwendungen vom Stadtmagistrat förmlich festgestellt worden. Gleichzeitig ist der bisherige Bebauungsplan für das vorgenannte Gebiet aufgehoben worden.

Der festgestellte Bebauungsplan liegt vom 20. September bis einschl. 14. Oktober 1931 auf dem Stadtbauamt, Zimmer 6, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Oldenburg, den 25. September 1931.
Der Stadtmagistrat.

Bevorzugt unsere Lieferanten!

Monatsgarderoben-Halle
Heiligengeistwall 19, Ecke Mottenstr.
Wenig getragen
Herren- und Damen-Garderobe
Anzüge von 10 RM. an, Damenkleider von 1.50 RM. an, Schuhe von 1.50 an.
Fracks, Smoking, Hosens
Spotbillige Preise!

Oldenburger Landestheater

Dienstag, 29. Sept., 7.45 bis 10 Uhr: A 5 „Fuhrmann Henrich“.
Mittwoch, 30. Sept., 3.15 bis 6.15 Uhr: Wandwärtigen-Vorf. Nr. 1 „Im weißen Rössl“.
7.45 bis 10 Uhr: „Fuhrmann Henrich“.
Donnerstag, 1. Okt., 7.45 bis 11 Uhr: B 5 „Der Schatzgräber“.
Freitag, 2. Oktober, 7.45 bis 10.15 Uhr: C 5 „Der Barbier von Sevilla“.
Sonnabend, 3. Okt., 7.45 bis 11 Uhr: D 5 „Der Schatzgräber“.
Sonntag, 4. Oktober, 7.15 bis 10.15 Uhr: „Die Längerin“, „Kasja, die Längerin“, „Im weißen Rössl“.

Städtischer Schlachthof Oldenburg

Schreibant
Mittwoch von 8.30 bis 10 Uhr:
Fleischverkauf
ohne Nummerausweis
Radio-Nachempfänger
Wechselstrom, preiswert zu verkaufen.
Bremer Str. 58.

Die 1. diesjährige Vormittags-Vorstellung
Sonntag, den 4. Oktober,
pünktlich 11,15 Uhr vormittags
(Kassenöffnung 10,30 Uhr)
der hochaktuelle Tonfilm der Ufa

Achtung AUSTRALIEN
Achtung ASIEN

Das Erwachen der östlichen Welt!
Was Australien in den Vordergrund rückt, was in China los ist, was Indien in Unruhe hält, was die Südsee und Neuseeland an Wundern und Abenteuern bieten und — was Colin Roß dazu sagt — das offenbart sich in unübertroffen Kühner, grandioser Bilderfolge

In überreicher Fülle entrollt der Film die fremde, ferne Welt der anderen Erdhälften in ihren uralten Gesichtern und überraschend neuen Formen. Australiens vorislandische Tiere und Pflanzen, Steinzeit-Menschen in Neu-Guinea und vom Bismarck-Archipel, der indische Freiheitsapostel Gandhi und die Probleme des modernen China erstehen in Bild und Ton, in herrlichen, unerhört interessanten Aufnahmen.

Achtung Australien! Achtung Asien! bringt für jeden etwas.

Der Sensationshungrige, der Wissensdurstige, der Naturfreund, der Weltpolitiker, der Filmfreund, selbst das Kind, jeder kommt auf seine Kosten, der mit Colin Roß die abenteuerliche Forschungsfahrt durch Australien, China, Indien, die Südsee und Neuseeland reist.

Jugendliche haben Zutritt!
Alle Plätze sind numeriert!

Vorverkauf i. Zigarrenhaus Niemeyer, i. Büro u. an d. Abendkasse d. Deutschen Lichtspiele

Nichts kann das derzeitige Geschehen in der Weltgeschichte besser illustrieren, als dieser unachahmliche Film!

Deutsche
Lichtspiele
Eintrittspreise von 50 Pf. bis RM. 1.50

Dreispietz
Modelle in feinsten Verarbeitung fesch und schick für
3⁵⁰

Chasseur
Modelle aus gutem Filz mit hübscher Garnierung für
2⁹⁵

Postillon
Modelle mit flotter Feder-garnierung für
5⁷⁵

Fr. Steinkopf
Gückerstraße 54. — Größtes und leistungs-fähigstes Spezialhaus für Damenhüte a. Plätze

LOSE
für die neue Lotterie
empfiehlt
Lotterieteilnehmer Berndt
Ratsapotheke.

Unbedingt zuverlässig
reputiert jede 18860

Uhr
zu wirklich soliden Preisen
Chr. Grön,
Uhrmacher,
Wilhelmshav. Str. 10

Blocks
für
Preis-Skat
zu haben bei
Paul Hug & Co.
Peterstraße 76

Todesanzeige.
Am Sonntag, dem 27. September, morgens 3.30 Uhr, entschlief sanft nach kurzer heftiger Krankheit mein herzenguter Mann und meiner Kinder treusorgender Vater

Heinrich Ehmer
im Alter von 47 Jahren.
In tiefem Schmerz
Johanne Ehmer und Kinder
nebst Verwandten.
Rüstringen, den 27. September 1931.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 30. September, nachm. 2.30 Uhr, von der Leichenhalle Aldenburg aus statt.

Nachruf!
Am 27. d. M. verstarb nach kurzer Krankheit der beim Betriebsamt (Müllabfuhr) beschäftigte

Herr Heinrich Ehmer
im 48. Lebensjahre.
16 Jahre hat er uns treue Dienste geleistet. Wir werden seiner stets ehrend gedenken.
Rüstringen, den 29. September 1931
Stadtmagistrat.
Dr. Pafrath.

NACHRUF!
Am 27. Septbr. verstarb unser Kollege

Heinrich Ehmer
Der Verstorbene war uns allezeit lieb und wert. Stets werden wir seiner in Ehren gedenken.
Rüstringen, den 29. September 1931,
Die städtischen Arbeiter der Stadt Rüstringen.

Sozialdemokratische Partei Rüstringen-Wilhelmshaven

Am Sonntag, dem 27. September, verstarb unser langjähriges Mitglied

Heinrich Ehmer
im Alter von 47 Jahren.
Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Der Vorstand.

Neues Schauspielhaus
5.15 Täglich im Abonnement 5.15
Die Toni aus Wien
Operette von Ernst Steffan.
3.30 Sonntag, 4. Oktober, nachm. 3.30
Das Land des Lächels
Karten von 75 Pf. an.
Die erste Rate muß eingelöst werden.
Dutzendkarten nur an der Kasse zum Preise von 16 Mk., 21 Mk., 27 Mk. u. 32 Mk.

WILLE
bietet an:

Alles neue Süßensüchte

Neue grüne Erbsen 1 Pfd. 25 J
Neue graue Erbsen 1 Pfd. 24 J
Neue weiße Bohnen 1 Pfd. 22 J
Neue bunte Bohnen 1 Pfd. 18 J
Neue Kisten, kleine 1 Pfd. 20 J
Neue Kisten, große 1 Pfd. 30 J

Neues Delikates-Wein-Sauerkraut

1 Pfund 12 J

Rüstringer Blindenwerkstatt!
Grenzstr. 80, Fernnr. 1248.
Auto-Fahrbetrieb C. Richter 150
Mitscherlichstr. 21 Telefon

Als Verlobte grüßen
Jenny Daniels
Sofried Cnen
Heidmühle Karolinsiel
27. September 1931

Für uns erwiesene Aufmerksamkeit und Geschenke anlässlich unserer Vermählung danken wir herzlichst.
Ob.-Mir.-Gfr. Schumacher u. Frau
Grethen, geb. Gonting.

Abbruch Ziegelei Himmelreich.
Verkauf von Brettern, Schälholz, Latten, Dachlatten, Kantholz, Rundholz, Brennholz, Dachplanen, eiserne Träger usw.
B. Duten, Störbeder Straße 12

Gesamtverband Ortsverwaltung Rüstringen-Wilhelmshaven

Am 27. September verstarb unser Kollege

Heinrich Ehmer
Sein Andenken werden wir in Ehren halten. Die Ortsverwaltung.
Beerdigung Mittwoch, nachm. 2.30 Uhr, ab Kapelle Aldenburg.

Reichsbund der Kriegbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen
Ortsgr. Wilhelmshaven-Rüstringen

Nachruf!
Am 26. September 1931 verstarb an einem schweren Leiden unsere Kameradin

Frau Auguste Nothdurft.
Die Organisation verliert mit ihr ein treues Mitglied.
Einschreibung am 30. September, 4 Uhr, im Krematorium Friedenstr.
Abkömmliche Mitglieder nehmen hieran teil.
Der Vorstand.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben unvergesslichen Frau, unserer lieben guten Mutter, sagen wir allen unseren lieben Verwandten, Freunden und Bekannten und den lieben Nachbarn für die vielen Blumen- und Kranzspenden, für das so überaus zahlreiche Gefolge, sowie Herrn Pastor Habe nicht für die tröstlichen Worte unserer herzlichen Dank.

Ernst Nachmann und Kinder.
Wilhelmshaven, Admiral-Klatt-Straße 33.